

Konjunkturaufschwung und Wettbewerb treiben Forschung und Innovation an

Eine aktuelle Umfrage des ZEW unter 2.000 forschenden Unternehmen zeigt einen deutlichen Bedeutungsgewinn von Forschung und Innovation im Jahr 2007. Die Forschungsausgaben könnten im Vergleich zu 2006 um mehr als 7 Prozent steigen. Das wäre der stärkste Anstieg seit dem Jahr 2000. 40 Prozent der Unternehmen haben 2007 das in Forschung und Innovation eingesetzte Personal aufgestockt. Haupttriebkräfte hinter dieser hohen Dynamik sind die gestiegene Nachfrage nach innovativen Produkten sowie der verschärfte internationale Wettbewerb. Aber auch die Hightech-Strategie der Bundesregierung zeigt eine erste Wirkung.



Ende September 2007 führte das ZEW im Rahmen seiner jährlichen Innovationserhebung („Mannheimer Innovationspanel“) eine Zusatzbefragung durch, um aktuelle Trends bei Forschung und Entwicklung (FuE) und den Innovationsaktivitäten der deutschen Wirtschaft aufzudecken. Denn mit der kräftigen konjunkturellen Erholung im Laufe des Jahres 2007 sowie einer Reihe zusätzlicher innovationspolitischer Aktivitäten der Bundesregierung – allen voran die im August 2006 vorgestellte Hightech-Strategie – haben sich die

Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation jüngst merklich verändert. Befragt wurden 2.000 Unternehmen, die im Jahr 2006 FuE betrieben oder hohe Innovationsaufwendungen getätigt haben. Die Unternehmen repräsentieren 30 Prozent der gesamten FuE-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft.

Die Ergebnisse zeigen: FuE und Innovation stehen in der deutschen Wirtschaft hoch im Kurs. In 36 Prozent der Unternehmen hat FuE und Innovation in den vergangenen 12 Monaten an Bedeutung gewonnen, nur 2 Prozent mel-

deten eine abnehmende Bedeutung. Die Triebkräfte für diesen Bedeutungsgewinn sind der Nachfrageanstieg und der verschärfte (internationale) Wettbewerb. Außerdem haben viele Unternehmen FuE und Innovation wieder verstärkt ins Zentrum ihrer Unternehmensstrategie gerückt.

Dieser Bedeutungsgewinn setzt sich in eine höhere Ausgabenbereitschaft um. Für 2007 gehen 44 Prozent der Unternehmen von einem Anstieg der FuE-Aufwendungen gegenüber 2006 aus, nur 5 Prozent wollen ihre FuE-Budgets in diesem Jahr senken. Die durchschnittliche Veränderungsrate der FuE-Aufwendungen im Vergleich zu 2006 liegt bei mehr als 7 Prozent. Sie ist umso höher, je niedriger die FuE-Intensität (FuE-Aufwendungen in Prozent des Umsatzes) im Jahr 2006 war. Dies bedeutet, dass die verbesserten Rahmenbedingungen vor allem FuE in den weniger forschungsorientierten Unternehmen stimuliert. Für 2008 plante im September 2007 über die Hälfte der befragten Unternehmen einen weiteren Anstieg

IN DIESER AUSGABE

| | |
|---|------|
| Konjunkturaufschwung und Wettbewerb treiben Forschung und Innovation an | 1 |
| Deutsche Unternehmen setzen beim IT-Outsourcing auf inländische Partner . . . | 3 |
| ZEW-Konferenz | 4 |
| Wirtschaftspolitik aus erster Hand | 5 |
| ZEW intern | 2, 6 |
| Termine, Neuerscheinungen | 6 |
| Daten und Fakten | 7 |
| Standpunkt | 8 |

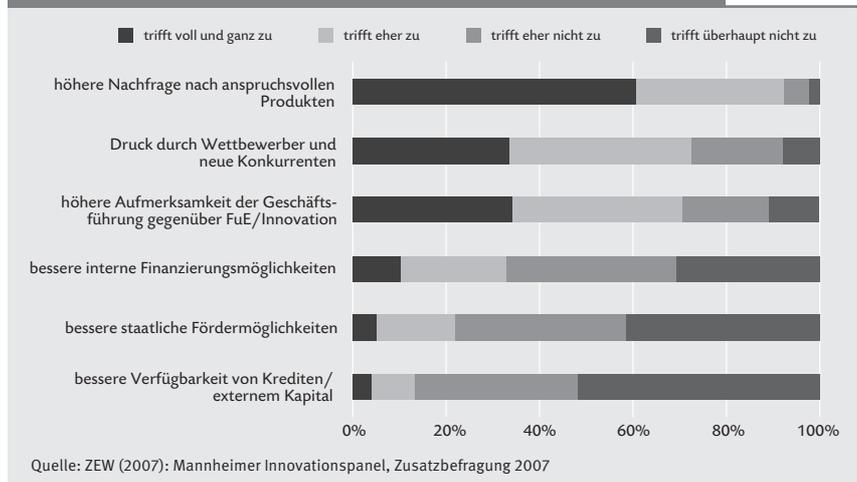
FORSCHUNGSERGEBNISSE

der FuE-Budgets, während nur 6 Prozent mit rückläufigen FuE-Aufwendungen rechneten. Allerdings dürfte das Wachstum nach derzeitigem Planungsstand abflachen, denn die meisten Unternehmen (49 Prozent) sehen einen leichten Anstieg vor. Lediglich 7 Prozent rechnen mit einem starken Anstieg der FuE-Aufwendungen.

Nachfrage der Unternehmen nach FuE-Personal steigt

Die höheren FuE-Aufwendungen in den Unternehmen schlagen sich in einer höheren Nachfrage nach FuE-Personal nieder. Mehr als 40 Prozent der Unternehmen haben seit September 2006 die Anzahl des für FuE und Innovation eingesetzten Personals erhöht. Bezogen auf die FuE-Beschäftigten im Jahr 2006 bedeutet dies einen Anstieg von 3,5 Prozent. Dabei muss es sich aber nicht unbedingt um Neueinstellungen handeln; in Teilen können auch Umschichtungen innerhalb der Unternehmen dahinter stehen. Der Fachkräftemangel in Deutschland führte dazu, dass mehr als 20 Prozent der befragten Unternehmen in den vergangenen 12 Monaten Stellen im Bereich FuE und Innovation nicht besetzen konnten. Die

Gründe für den Bedeutungsgewinn von Forschung und Innovation



Anzahl der unbesetzt gebliebenen Stellen macht gut 1,5 Prozent des FuE-Personalbestands des Jahres 2006 aus. Das heißt: Auf 100 neu hinzugekommenen Personalstellen im Bereich FuE und Innovation kommen mehr als 40 nicht besetzte Stellen.

Die Unternehmen, die zusätzliches Personal eingestellt haben, benötigten zum Teil recht lange Zeit, um diese Stellen zu besetzen: Nur 8 Prozent fanden innerhalb eines Monats passende Bewerber, bei 37 Prozent der Unternehmen nahm dieser Prozess ein bis drei Monate in Anspruch und bei 36 Prozent

vier bis sechs Monate. 19 Prozent der Unternehmen mussten sogar länger als ein halbes Jahr nach geeignetem Personal suchen.

Hightech-Strategie der Bundesregierung

Die Rolle der Hightech-Strategie der Bundesregierung für den Bedeutungsgewinn von Forschung und Innovation in der deutschen Wirtschaft ist zum jetzigen Zeitpunkt noch schwer zu beziffern, denn viele der angekündigten Maßnahmen wie die Forschungsprämie, die Clusterinitiative oder der erleichterte Zugang zur Projektförderung für kleine und mittlere Unternehmen sind gerade erst angelaufen. Dennoch zeigt sich, dass Unternehmen, die sich mit der Hightech-Strategie befasst haben, eine höhere Bereitschaft zur Ausweitung ihrer FuE-Ausgaben zeigen. Dies gilt auch dann, wenn in der empirischen Analyse für andere Einflussfaktoren wie Unternehmensgröße, Marktumfeld, Ausrichtung der Innovationstätigkeit und FuE-Intensität kontrolliert wird. Die Hightech-Strategie wird möglicherweise als ein wichtiges Signal dafür gesehen, dass die Bundesregierung in ihrem eigenen Wirkungsbereich auf eine Expansion der Forschungsausgaben setzt und dies über mehrere Jahre durchhalten möchte. Dies kann die Planungssicherheit der Unternehmen erhöhen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

ZEW INTERN

Viele Besucher am ZEW bei „Nacht der Wissenschaft“



Die erste „Nacht der Wissenschaft“ in der Metropolregion Rhein-Neckar war für das ZEW ein schöner Erfolg. Mehr als 600 Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich über eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Europas zu informieren. Das vielseitige Programm

insbesondere auch für Kinder, bei dem sich wissenschaftlich fundierte Vorträge mit Quiz-, Tanz- und Musikeinlagen abwechselten, stieß auf eine positive Resonanz. Einen besonders interessanten Programmpunkt bildete der Vortrag des Wirtschaftsweisen und ZEW-Präsidenten Wolfgang Franz zur Frage „Wie geht's der deutschen Wirtschaft?“, der zu später Stunde rund 200 Zuhörer ins ZEW lockte. Einen Eindruck von den vielseitigen Aktionen am ZEW in der „Nacht der Wissenschaft“ vermittelt die Bildergalerie zu der Veranstaltung: www.zew.de/images/events/nachtderwissenschaft2007

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutsche Unternehmen setzen beim IT-Outsourcing auf inländische Partner

Insgesamt lassen derzeit gut 64 Prozent der Unternehmen in Deutschland IT-Dienstleistungen wie die Installation von Hard- und Software oder Programmierleistungen ganz oder teilweise von externen Anbietern erbringen. Die Auslagerung von IT-Dienstleistungen über die Landesgrenzen hinweg (IT-Offshoring) wird jedoch relativ selten in Anspruch genommen. Insgesamt nur sechs Prozent der ausgelagerten Unternehmen lassen IT-Dienstleistungen in anderen europäischen und außer-europäischen Ländern erstellen. Dies zeigt eine repräsentative ZEW-Befragung von rund 4.300 Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbranchen.

Das ZEW hat Anfang 2007 die Umfrage mit finanzieller Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg durchgeführt. Bei den ausgewählten Dienstleistungsbranchen handelt es sich um: Handel, Verkehr und Postdienste, Bank- und Versicherungswesen, EDV- und Telekommunikationsdienstleistungen, technische Dienstleister und sonstige unternehmensnahe Dienstleister.

Bei der Auslagerung von IT-Dienstleistungen weist das verarbeitende Gewerbe mit 71 Prozent eine höhere Auslagerungsintensität auf als der Dienstleistungssektor mit 63 Prozent. In der Bank- und Versicherungsbranche sowie in der Chemiebranche lagert mit 83 beziehungsweise 81 Prozent der höchste Anteil an Unternehmen IT-Dienstleistungen aus. Weit unterdurchschnittlich schneiden hingegen die Verkehrsdienstleister mit 46 Prozent und die EDV- und Telekommunikationsbranche mit 48 Prozent ab.

Auslagerung von Installation von Hard- und Software am häufigsten

Die IKT-Befragung des ZEW zeigt weiter, dass die Outsourcingintensität für einzelne IT-Dienstleistungen unterschiedlich stark ausgeprägt ist. So lagern gut 49 Prozent der Unternehmen die Installation von Hard- und Software zumindest teilweise aus. Danach folgen Programmierleistungen, die 45 Prozent der Unternehmen an externe Anbieter

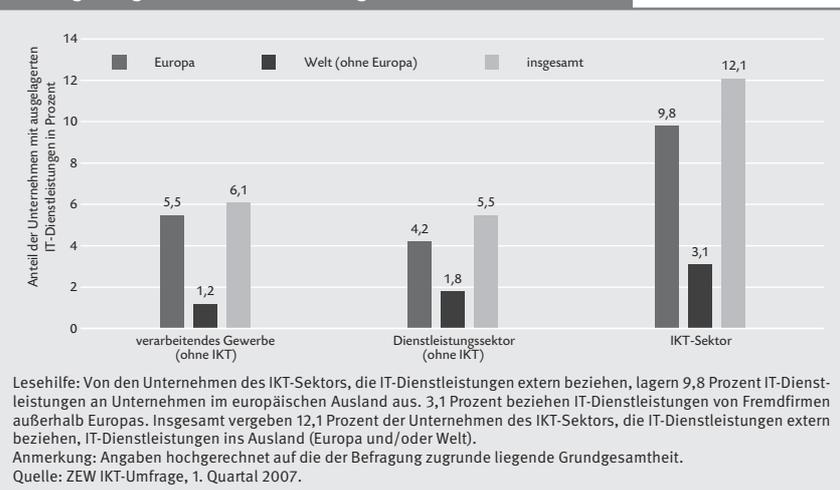
vergeben. IT-bezogene Beratung und Planung lagern insgesamt 42 Prozent der Unternehmen aus, das Management oder den Betrieb der IT-Infrastruktur 31 Prozent der Unternehmen. Das Outsourcing von Rechenkapazität, wie beispielsweise Application Service Providing (ASP), nehmen hingegen nur

gen in anderen europäischen und außer-europäischen Ländern erstellen. Dabei dominiert deutlich die Auslagerung in die europäischen Nachbarländer gegenüber der weltweiten Auslagerung.

Offshoring von IT-Dienstleistungen

Der IKT-Sektor, der die IKT-Anbieterbranchen aus dem verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungsbranchen umfasst, ist beim Bezug von IT-Leistungen aus dem Ausland überdurchschnittlich aktiv. Mehr als 12 Prozent der Unternehmen dieses Sektors beziehen Dienstleistungen aus dem Ausland. Zum Vergleich: Das verarbeitende Gewerbe und der Dienstleis-

Auslagerung von IT-Dienstleistungen ins Ausland



knapp 14 Prozent der Unternehmen in Anspruch. Durchgängig für alle IT-Auslagerungsbereiche nimmt der Anteil der Unternehmen, die auslagern, sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor mit der Unternehmensgröße zu.

IT-Dienstleistungen werden relativ selten über die Landesgrenzen hinweg ausgelagert. Insgesamt lassen lediglich sechs Prozent der Unternehmen der betrachteten Branchen IT-Dienstleis-

tungssektor (jeweils ohne die Unternehmen des IKT-Sektors) erreichen Werte von jeweils rund 6 Prozent (siehe Abbildung). Entgegen der häufig vertretenen Meinung, IT-Offshoring sei weit verbreitet, zeigt sich hier, dass die Unternehmen insbesondere aus den IT-Anwenderbranchen beim Bezug ihrer IT-Dienstleistungen auf regionale Nähe setzen.

Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

ZEW-KONFERENZ

INFER Workshop zu Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik

Vom 15. bis 17. November 2007 fand ein gemeinsamer Workshop des INFER-Netzwerks (International Network For Economic Research) und des ZEW mit dem Fokus Regulierung netzbasierter Märkte in Mannheim statt. Bei diesem Workshop wurden zentrale Fragen der Auswirkung staatlicher Eingriffe sowie die Umsetzbarkeit theoretischer Modelle und die Effizienz regulatorischer

tionssektor und anderen netzbasierter Märkten. Im Zentrum seines Vortrags stand die Frage, wie Wettbewerb bei unterschiedlichen Marktformen möglichst effizient erzielt werden kann. Dabei wies er darauf hin, dass ökonomische Instrumente aufgrund von legislativen Vorgaben neu überdacht und gegebenenfalls an aktuelle Tendenzen angepasst werden sollten.

sen kann. Der „waterbed effect“, ein zentraler Diskussionspunkt in der aktuellen Regulierungsdebatte zu europäischen Mobilfunkmärkten, beschreibt die Preisänderung bei Regulierung der „mobile termination rates“. Lediglich die Terminierungsentgelte unterliegen im Mobilfunk noch einer Regulierung. Versucht eine Regulierungsbehörde das monopolistisch bestimmte Terminierungsentgelt zu senken, kann dies zu einem Anstieg anderer Preise führen. Tommaso Valletti betonte, dass durch eine alternative Form der Bezahlung („receiver party pays“ statt „calling party pays“) der „waterbed effect“ nicht auftreten würde.



von links: Tommaso Valletti, Christian Kirchner, Wolfgang Kopf und Georg Licht (ZEW).

Maßnahmen diskutiert. Hauptredner waren Christian Kirchner (Humboldt-Universität Berlin), Wolfgang Kopf (Leiter des Zentralbereichs Politische Interessenvertretung & Regulierung der Deutschen Telekom AG, Bonn) und Tommaso Valletti (Imperial College, London, University of Rome „Tor Vergata“). An dem Workshop nahmen sowohl Wissenschaftler als auch Vertreter von Unternehmen und Behörden teil.

Politische Instrumente zur Förderung von Wettbewerb

Christian Kirchner erläuterte die Anwendbarkeit von unterschiedlichen politischen Instrumenten zur Förderung von Wettbewerb unter anderem vor dem Hintergrund des aktuellen Regulierungsrahmens im Telekommunika-

Wolfgang Kopf stellte in seinem Beitrag die außergewöhnliche Entwicklung im Telekommunikationssektor von vormals staatlichen Monopolunternehmen zu nun privatisierten Unternehmen im Wettbewerb dar. Im Fokus seiner Erläuterungen stand dabei der Vergleich der Situation in Europa mit der Situation in den Vereinigten Staaten und in ausgewählten asiatischen Ländern hinsichtlich des Investitionsverhaltens in Infrastruktur. Er hob hervor, dass sich Unterschiede in der Regulierung von Telekommunikationsmärkten auch auf den internationalen Wettbewerb in Kapitalmärkten als Finanzierungsquellen von Investitionen auswirken.

Tommaso Valletti zeigte in seiner Präsentation, wie man empirisch die Existenz des sogenannten „waterbed effects“ in Mobilfunkmärkten nachwei-

Regulierung in Energie- und Telekommunikationsmärkten

Neben den Hauptrednern trugen weitere Workshopteilnehmer Ergebnisse aus ihrer aktuellen Arbeit vor. Sowohl in mikrotheoretischen als auch in empirischen Präsentationen untersuchten sie Auswirkungen von Regulierung in Energie- und Telekommunikationsmärkten und erörterten mögliche Alternativen zum Status quo. Beispielsweise präsentierte Yossi Spiegel (Universität Tel Aviv) ein Papier zur Auswirkung von Regulierung auf die Kapitalstruktur von Unternehmen und kam zu dem Ergebnis, dass Regulierung insbesondere dann wirkt, wenn es sich um nicht-öffentliche Unternehmen handelt.

Bent Nowack (Technische Universität Berlin) und Knut Blind (Technische Universität Berlin, Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung) identifizierten in ihrem Beitrag Kriterien zur Aufdeckung neuer oder neu-entstehender Märkte im Telekommunikationssektor und stellten dabei die besondere Bedeutung der Messung von Innovationen in diesen Märkten heraus.

Tobias Veith, veith@zew.de

„Das Erreichte nicht verspielen“

ZEW-Präsident Wolfgang Franz stellte im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahrgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Die Vorträge des „Wirtschaftsweisen“ fanden im November und Dezember 2007 in den Räumen der IHK Berlin in Berlin, der Baden-Württembergischen Bank in Stuttgart, der EnBW in Karlsruhe und der baden-württembergischen Landesvertretung in Brüssel statt.

Zunächst skizzierte Franz, wie der Sachverständigenrat die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Perspektiven für das Jahr 2008 beurteilt. Deutschland präsentiere sich im Jahr 2007 in guter Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe trotz der dämpfenden Effekte der Umsatzsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 und der Verunsicherungen im Zuge der Finanzkrise in den Vereinigten Staaten um 2,6 v.H. zugelegt. Obwohl sich die Expansion verlangsamen werde und die weltwirtschaftlichen Risiken zugenommen hätten, sei im kommenden Jahr mit einem Zuwachs des BIP um 1,9 v.H. zu rechnen.

Die gute Verfassung der deutschen Volkswirtschaft sei nicht nur Ergebnis der seit Anfang des Jahres 2005 andauernden konjunkturellen Erholung. Vielmehr habe die Politik mit zum Teil weit reichenden Reformen auf den Feldern der Besteuerung und der sozialen Sicherung zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen, ebenso die Unternehmen mit einer Verschlankung ihrer Organisationsstrukturen und einer Bereinigung ihrer Bilanzen. Weiterhin hätten die Tarifvertragsparteien mit moderaten und flexiblen Lohnvereinbarungen entscheidend zur besseren preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen beigetragen.

Allerdings drohten, so Franz, richtige und wegweisende Reformen der vergangenen Jahre wie die „Rente mit 67“,

das Arbeitslosengeld II und die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds konterkariert, wenn nicht sogar zurückgedreht zu werden. Gerade im gegenwärtigen günstigen wirtschaftlichen Umfeld solle aber die Politik die Weichen dafür stellen, über den derzeitigen Aufschwung hinaus handlungsfähig zu bleiben und dauerhaft die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung zu sichern.



ZEW-Präsident Wolfgang Franz bei seinem Vortrag in Stuttgart.

Foto: ZEW

Der erwartete Anstieg des BIP um 1,9 v.H. im kommenden Jahr ist laut Franz angesichts der guten Verfassung der deutschen Volkswirtschaft kein Indiz dafür, dass der Aufschwung zum Erliegen komme oder gar eine Rezession bevorstehe, denn der Anstieg der Wirtschaftsleistung werde von einer stabilen Binnennachfrage getragen. Die wichtigsten Ursachen für die nachlassende konjunkturelle Dynamik lägen im Ausland: die in ihren Auswirkungen noch nicht voll abschätzbare Finanzmarktkrise, die wirtschaftliche Abschwächung in den Vereinigten Staaten und die damit verbundenen Abwertungstendenzen des US-Dollars.

Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich entspannt

Die deutliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt habe sich, so Franz, im Jahr 2007 fortgesetzt und habe ihren

Niederschlag in einem starken Anstieg der Erwerbstätigkeit als Ganzes (+1,7 v.H.) und darunter insbesondere der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (+2,2 v.H.) gefunden. Die Arbeitslosigkeit sei um 700.000 Personen gesunken. Diese hohe Dynamik werde ins

kommende Jahr fortwirken und dazu beitragen, dass die verfügbaren Einkommen real steigen und so den privaten Konsum anschieben würden.

Im Vergleich zu früheren wirtschaftlichen Aufschwüngen ist laut Franz der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der seit Anfang 2005 andauernden konjunkturellen Aufschwungphase besonders ausgeprägt. Seit Beginn des Jahres 2006 gehe sogar die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich zurück. Hier sei die Abgangsrate in den ersten Arbeitsmarkt leicht und die in den zweiten Arbeitsmarkt stärker gestiegen. Und obwohl der Zeitraum seit ihrem Inkrafttreten recht kurz sei, deute vieles darauf hin, dass die Reformanstrengungen der vergangenen Jahre erste Früchte trügen.

Weitere Schwerpunktthemen des diesjährigen Gutachtens des Sachverständigenrats sind neben Ausführungen zum Mindestlohn sowie zur Tarifeinheit/Tarifpluralität auch die Stabilität des internationalen Finanzsystems, ausländische Staatsfonds und ein staatlich garantiertes Grundeinkommen.

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW INTERN

Vertrag von ZEW-Präsident Wolfgang Franz verlängert

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz hat im November 2007 seinen Vertrag als ZEW-Präsident bis zum Jahr 2011 verlängert. Der Beschluss dazu war bereits in der Aufsichtsratssitzung des ZEW vom 11. Juli 2007 gefallen.

Franz ist seit 1997 Präsident des ZEW. Unter seiner wissenschaftlichen Leitung und der des kaufmännischen Direktors, Thomas Kohl, hat sich das ZEW als eines der renommierten deutschen Wirt-

schaftsforschungsinstitute etabliert. In seiner Amtszeit hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 160 mehr als verdoppelt, der Etat ist von rund 7,8 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro gestiegen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass das ZEW im Jahr 2009 von der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. evaluiert wird, ist die Vertragsverlängerung eine wichtige Weichenstellung.

SCHRIFTENREIHEN

Im Jahr 2007 sind in unseren Schriftenreihen ZEW Wirtschaftsanalysen (Nomos-Verlag) und ZEW Economic Studies (Physica-Verlag) die folgenden Bände erschienen:

ZEW Wirtschaftsanalysen 2007

Heinemann, F., M. Knogler, D. Stegarescu und V. Vincentz, Transparenz und Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik in den neuen EU-Staaten, Bd. 82

Heneric, O., Herausforderung Biotechnologie – Eine empirische Untersuchung von staatlicher Förderung, Humankapital und Venture Capital, Bd. 83

Winterhager, H., Öffentlich geförderte Vermittlung von Arbeitslosen, Bd. 84

ZEW Economic Studies 2007

Thomsen, S., Evaluating the Employment Effects of Job Creation Schemes in Germany, Vol. 36

Kuckulenz, A., Studies on Continuing Vocational Training in Germany – An Empirical Assessment, Vol. 37

Weitergehende Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie im Internet unter www.zew.de „Publikationen“.

EXPERTENSEMINARE

- 22./23.1.2008 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte – Unterschiedlichen Kommunikationssituationen gerecht werden
- 24.1.2008 Internationalisierung von IT-Dienstleistern und Softwareanbietern
- 11.2.2008 Plan- und Berichtswesen für das Risikomanagement
- 14./15.2.2008 Kommunikationsmanagement – Das Unternehmen nach außen und innen wirkungsvoll darstellen
- 18.2.2008 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 19.2.2008 Ökonometrie: Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 20.2.2008 Ökonometrie: Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 21.2.2008 Verrechnungspreise
- 26./27.2.2008 Presenting in English – Prepare yourself for an international audience

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-052, Tobias Schmidt, Christian Rammer: Non-technological and Technological Innovation: Strange Bedfellows?

No. 07-053, Katja Coneus, Friedhelm Pfeiffer: Self-Productivity in Early Childhood.

No. 07-054, Katrin Ullrich: Inflation Expectations of Experts and ECB Communication.

No. 07-055, Wolfgang Sofka: What Makes Foreign Knowledge Attractive to Domestic Innovation Managers?

No. 07-056, Robert Schwager: Public Universities, Tuition and Competition – A Tiebout Model.

No. 07-057, Friedrich Heinemann, Eckhard Janeba: The Globalization of Tax Policy: What German Politicians Believe.

No. 07-058, Philipp Ager, Marcus Kappeler, Steffen Osterloh: The Accuracy and Efficiency of the Consensus Forecasts: A Further Application and Extension of the Pooled Approach.

No. 07-059, Waldemar Rotfuß: Options, Futures, and Other Derivatives in Russia: An Overview.

No. 07-060, Pedro Faria, Tobias Schmidt: International Cooperation on Innovation: Empirical Evidence for German and Portuguese Firms.

No. 07-061, Norbert Schulz: Review on the Literature of Mergers on Innovation.

No. 07-062, Christoph Grimpe, Wolfgang Sofka: Search Patterns and Absorptive Capacity: A Comparison of Low- and High-Technology Firms from Thirteen European Countries.

No. 07-063, Astrid Dannenberg, Bodo Sturm, Carsten Vogt: Do Equity Preferences Matter in Climate Negotiations? An Experimental Investigation.

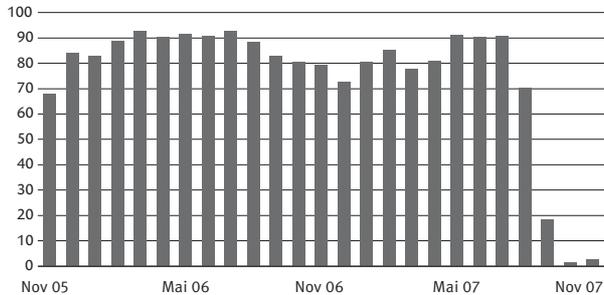
No. 07-064, Karen Pittel, Dirk T. G. Rübhelke: Climate Policy and Ancillary Benefits – A Survey and Integration into the Modelling of International Negotiations on Climate Change.

No. 07-065, Sabine Jokisch, Tim Menzel: Hydrogen in Passenger Transport: A Macroeconomic Analysis.

No. 07-066, Christoph Grimpe, Katrin Hussinger: Firm Acquisitions and Technology Strategy: Corporate Versus Private Equity Investors.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im November 2007

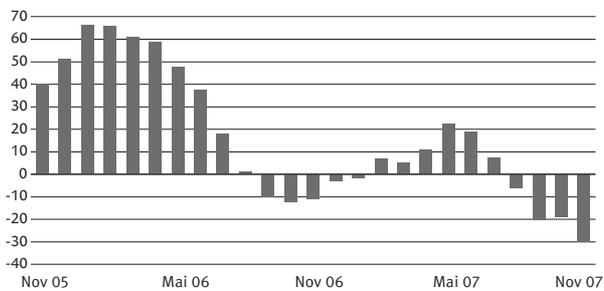


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Inflations- und Konjunkturrisiken

Derzeit dürften der Europäischen Zentralbank Entscheidungen wegen der Inflations- und Konjunkturrisiken nicht leicht fallen. Die aus Preissteigerungen für Lebensmittel und Öl resultierenden Inflationsrisiken sprechen für weitere Zinserhöhungen. Jedoch sind diese Preiskomponenten stark schwankungsanfällig, sodass bleibende inflationäre Effekte schwer abzuschätzen sind. Daher erwarten die Finanzmarktexperten mehrheitlich, dass die Währungshüter weitere Entwicklungen abwarten, bevor sie eine Zinsentscheidung treffen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



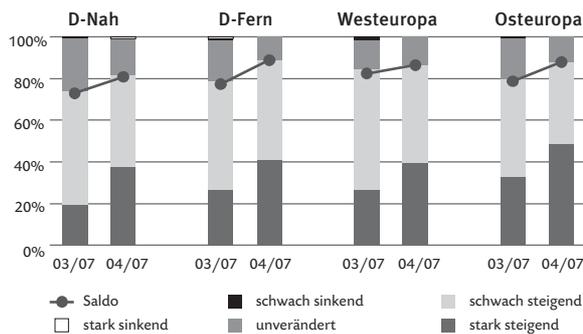
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Konjunkturerwartungen fallen wieder

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im November erneut gefallen und liegen bei -30 Punkten nach -19 Punkten im Vormonat. Die Folgen der Kreditkrise scheinen weitreichender zu sein als angenommen. Das Exportgeschäft der Unternehmen in der Eurozone dürfte durch die erwartete Konjunkturabschwächung in den USA und den schwachen US-Dollar belastet werden. Auch der Ölpreis, der über die Marke von 90 US-Dollar pro Barrel gestiegen ist, verringert den Ausgabenspielraum von Unternehmen und Haushalten.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Starke Preissteigerungserwartungen durch gestiegene Energiekosten

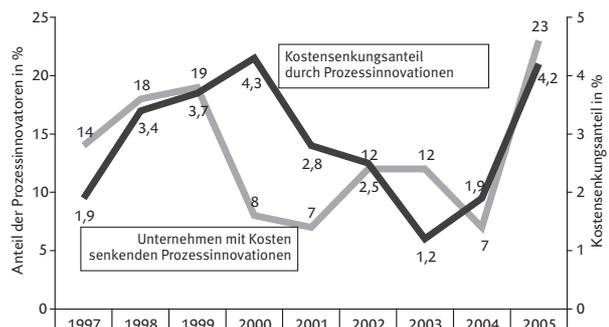


Quelle: ZEW

Die Ergebnisse der vierten Erhebung 2007 des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW deuten auf stark steigende Preissteigerungen im kommenden Halbjahr hin. Mit einer deutlichen Mehrheit rechnen die 300 befragten Spitzenkräfte aus der Transportwirtschaft und der verladenden Wirtschaft mit steigenden Preisen im Straßengüterverkehr. Je nach Transportrelation erwarten sogar 38 bis 49 Prozent Preissteigerungen von mehr als 3 Prozent. Neben den Kapazitätsengpässen dürften insbesondere die hohen Energiekostensteigerungen der vergangenen Wochen ein zentraler Treiber der Erwartungen sein.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Unternehmensdienste: Kostensenkung durch Prozessverbesserungen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Branche der Unternehmensdienstleister (Reinigung, Bewachung, Arbeitnehmerüberlassung, Entsorgung, Inkassobüros, Messdienste etc.) sparte im Jahr 2005 mit Hilfe von Verfahrensinnovationen mehr als 4 Prozent ihrer gesamten Kosten ein. Dies ist angesichts der Tatsache, dass die meisten Prozesse in dieser Branche arbeitsintensiv sind und nur begrenzt automatisiert werden können, ein beachtlicher Wert. Fast ein Viertel aller Unternehmen der Branche setzte 2005 Effizienz steigernde Maßnahmen erfolgreich um. Prozessinnovationen sind somit ein wichtiger Schritt, um dem Preisdruck zu begegnen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Entfernungspauschale

In Sachen Entfernungspauschale („Pendlerpauschale“) hat nun das Bundesverfassungsgericht das letzte Wort und wird voraussichtlich im Jahr 2008 entscheiden. Die beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren bewogen im September dieses Jahres den Bundesfinanzhof, die Entscheidungen unterer Finanzgerichte zu bestätigen, wonach die Pauschale entgegen der gesetzlichen Regelung wie vorher als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden kann. Dieses Urteil des Bundesfinanzhofs ist aus mehreren Gründen kritisch einzuschätzen.

Seit dem 1. Januar 2007 ist die Entfernungspauschale schlicht abgeschafft und nicht etwa „gekürzt“ worden. Die Möglichkeit, ab dem 21. Kilometer eine Entfernungspauschale in Höhe von 30 Cent je Entfernungskilometer geltend zu machen, ist eine Härtefallregelung – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diese Härtefallregelung ist durchaus sinnvoll. Arbeitnehmer, Vermieter und Investoren haben bei ihren früheren Entscheidungen über die Wohnortwahl beziehungsweise Wohnungsbauiinvestitionen die seinerzeit gültige steuerliche Regelung zugrunde gelegt und müssen ihre Überlegungen gegebenenfalls revidieren, was kurzfristig kaum oder nur unter erheblichen Aufwendungen möglich ist. Ihnen dafür eine Anpassungshilfe zu gewähren, die allerdings zeitlich befristet sein sollte, ist angemessen und vernünftig. Diesen Sachverhalt hätte der Bundesfinanzhof würdigen müssen.

Stattdessen begründet der Bundesfinanzhof seine Entscheidung mit der Aussage, „wenn der Erwerbende sich nicht zu seiner Arbeitsstelle begibt, so verdient er auch nicht“. Dieser Hinweis ist in seiner Trivialität schwer zu überbieten, taugt aber gleichwohl im vorliegenden Zusammenhang nichts. Denn die Leute müssen sich nicht nur zum Arbeitsplatz bewegen, sondern benötigen zudem Schlaf und Nahrung. Das wird wohl beim Bundesfinanzhof nicht anders sein. Das Pen-

dant zur Pendlerpauschale wäre dann beispielsweise eine Schlafpauschale, um das Argument ad absurdum zu führen.

Die Wohnortwahl des Arbeitnehmers ist sicherlich vielfach nicht unabhängig vom Standort seines Arbeitsplatzes, aber nicht ausschließlich davon bestimmt. Im Hinblick auf den Arbeitsplatz wird der Arbeitnehmer ökonomisch gesehen die Summe aus Mietkosten und Fahrtkosten minimieren. Das kann einen Wohnsitz in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu hohen Mietkosten und geringen Fahrtkosten bedeuten oder das Gegenteil. Hinzu treten aber in der Regel weitere Motive einer Wohnsitzentscheidung, wie etwa die Präferenz für ein Wohnen in der Stadt oder auf dem Land, Wege zu Schule und Kindergarten, soziale Netzwerke etc. Dies ist der privaten Lebensführung zuzurechnen. Mit anderen Worten, die für die Ausübung der Berufstätigkeit entstehenden Kosten lassen sich von denen der privaten Lebensführung nicht eindeutig trennen. In diesem Fall verneint die Steuergesetzgebung indes eine steuerliche Geltendmachung solcher Kosten. Dies sollte konsequenterweise genauso für die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz gelten.

Die frühere Entfernungspauschale stellte vor diesem Hintergrund eine ungerechtfertigte Steuererleichterung dar, und ihre Abschaffung war somit geboten. Dies gilt mittelfristig ebenfalls für die Härtefallregelung. Dass die Bundesregierung eine Änderung der Regelungen zur Entfernungspauschale erst einmal auf Eis gelegt hat und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten will, ist vernünftig. Zeitweilig diskutierte Pläne, die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer, dann aber nur mit 20 Cent pro Kilometer zu gewähren, würden den Fiskus gemäß Berechnungen von Gerhard Wagenhals rund 750 Millionen Euro kosten. Wenn dies aufkommensneutral erfolgen soll, müsste der Arbeitnehmerpauschbetrag auf 780 Euro sinken, wobei dann mehr als 20 Millionen „Verlierern“ lediglich 8 Millionen „Gewinner“ gegenüberstünden, eine wahlpolitisch riskante Strategie.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007